



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Finanzierung der Pflege – Kein Sockel-Spitze-Tausch

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen einen sogenannten „Sockel-Spitze-Tausch“, gegen die Deckelung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen in stationären Pflegeheimen, einzusetzen.

Begründung:

Die gesetzliche Pflegeversicherung finanziert sich durch ein Umlagesystem und übernimmt nur einen Teil der pflegebedingten Kosten (Teilleistungsprinzip). Über den Leistungsanspruch hinausgehende Kosten müssen vom Pflegebedürftigen selbst getragen werden. Die aktuellen Bestrebungen einiger Bundesländer, den Eigenanteil zur Pflege zu deckeln, würde bei jedem Anstieg pflegebedingter Kosten zu einer Dynamisierung der Versicherungsleistung führen. Es entstehen Mehrbelastungen für das Versicherungskollektiv, welche über höhere Beiträge oder Steuern finanziert werden müssten. Aktuell liegt die Sozialbeitragsquote in Deutschland bereits bei 39,9 Prozent für Kinderlose, eine weitere Erhöhung der Beitragslast hätte negative gesamtwirtschaftliche Auswirkungen zur Folge.

Wir sprechen uns gegen den „Sockel-Spitze-Tausch“ aus, weil durch eine Deckelung der pflegebedingten Kosten in erster Linie vermögende Versicherte begünstigt werden. Damit Pflege finanzierbar bleibt, sollte mehr private Vorsorge von denen erfolgen, die es sich leisten können – sei es über Zusatzversicherungen oder Vermögensaufbau – um diejenigen, die es sich nicht leisten können, adäquat unterstützen zu können. Durch den „Sockel-Spitze-Tausch“ wird der Besitzstand von Vermögenden geschützt und der Anreiz für private Vorsorge über den festgeschriebenen Anteil hinaus, konterkariert. Auf Anbieterseite bestünden Spielräume, die Preise zu erhöhen, weil für Pflegebedürftige der Anreiz fehlt, ein kostengünstiges Heim in Anspruch zu nehmen.

Der Landtag spricht sich aus Gerechtigkeitsaspekten gegenüber nachfolgenden Generationen und mit Blick auf den Wert der Eigenverantwortung gegen einen Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung ähnlich der Krankenversicherung aus und lehnt den Sockel-Spitze-Tausch in der Pflege ab.